

Hermann Mahler/Andreas Fisahn/
Peter Wahl/Thomas Eberhardt-Köster

EU in der Krise

Hintergründe, Ursachen,
Alternativen

VSA:



Hermann Mahler/Andreas Fisahn/
Peter Wahl/Thomas Eberhardt-Köster
EU in der Krise

Hermann Mahler ist Mitglied im Koordinierungskreis von Attac (Kapitel 1).

Thomas Eberhardt-Köster ist Mitglied im Koordinierungskreis von Attac (Kapitel 6).

Andreas Fisahn ist Professor für öffentliches Recht, Mitglied im Wissenschaftlichen Beirat von Attac (Kapitel 2, 3 und 4).

Peter Wahl ist Vorstandsmitglied von WEED – Weltwirtschaft, Ökologie und Entwicklung, einer der Gründer von Attac Deutschland und Mitglied im Wissenschaftlichen Beirat von Attac (Kapitel 5).

**Hermann Mahler/Andreas Fisahn/
Peter Wahl/Thomas Eberhardt-Köster**
EU in der Krise
Hintergründe, Ursachen,
Alternativen

www.attac.de

www.vsa-verlag.de

© VSA: Verlag 2018, St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg
Titelbild: Mathias Kirsch/photocase (mathias-the-dread@hotmail.de)
Alle Rechte vorbehalten
Druck- und Buchbindearbeiten: Beltz Grafische Betriebe GmbH,
Bad Langensalza
ISBN 978-3-89965-843-9

Inhalt

Einleitung	7
1. Historische Wurzeln der europäischen Integration	9
1.1 Gesellschaftliche Veränderungen, Kriege und frühe föderalistische Ansätze	9
1.2 Europa als Abgrenzung zur arabischen Welt und Machtbalance zwischen Nationalstaaten	12
1.3 Transnationale Kooperation als Voraussetzung wirtschaftlicher Entwicklung	13
1.4 Gesellschaftliche Integration und Entstehung der Arbeiterbewegung	14
1.5 Die beiden Weltkriege und die Zwischenkriegszeit	16
1.6 Europabegeisterung und reformorientierte Konzepte nach 1945	19
1.7 Weichenstellung in Richtung kapitalistische Integration	21
2. Grundlagen: Verträge und Recht	24
2.1 Vertrag als Grundlage der Europäischen Union	24
2.2 Von den Römischen Verträgen zum Lissaboner Vertrag	26
Die Montanunion 26 Die EWG 27 Die Etablierung des Binnen- marktes 28 Die gemeinsame Währung 29 Vom Scheitern des EU-Verfassungsvertrags nach Lissabon 30	
2.3 Institutionen und Verfahren	33
2.4 Die Wirtschaftsverfassung der EU	39
3. Die marktradikale Ordnung der EU – Demokratiedefizit material	45
3.1 Strukturelle Fehlentscheidungen	46
Grundfreiheiten 46 Strukturelles Rattenrennen 50	

3.2 Konstruktionsfehler	54
Einheitliche Währung in unterschiedlichen Nationalokono-	
mien 54 Kapitalverkehrsfreiheit 59	
4. Mängel und Umbau der demokratischen	
Entscheidungsprozesse	65
4.1 Demokratiedefizit – prozedural	65
4.2 Autoritäre Wirtschaftsregierung und Manahmestaat	70
Zentralisierung der Haushaltskontrolle 70 Troika und autorit-	
re Wirtschaftsregierung 74	
4.3 Dublin und die vertiefte Krise der EU	76
5. Auf der Suche nach der verlorenen Zukunft	80
5.1 Offizielle Rettungsversuche	82
5.2 Macron: Retter Europas?	83
Macrons europapolitische Grundposition 83 Stabilisierung der	
Eurozone 85	
5.3 It’s the Strukturen – stupid	87
5.4 »Soziales Europa« – die Mohrrübe für den linken Gaul ...	90
30 Jahre Erfolglosigkeit 91 »Soziale Säule« als Feigenblatt 92	
Soziale EU – mission impossible im Rahmen der Verträge 93	
5.5 Die Sehnsucht nach der Großmacht	93
5.6 Linke Kontroversen	97
Ist die EU reformierbar? 98 Nationalstaat und Supranationali-	
tät 98 Welche Strategie? 101	
5.7 Linke Strategien andernorts	104
5.8 Ansätze für eine gemeinsame Strategie	105
6. Wie weiter mit der EU?	107
Die EU in der Dauerkrise 112 Implosion der EU-Institutionen 112	
Schleichende Desintegration im Rahmen der EU 113 Neugründung	
der EU mit einem Nebeneinander an Integration und Desintegra-	
tion 113	
Literatur	115

Einleitung

Wie es angesichts der multiplen Krisen mit der Europäischen Union (EU) weitergehen soll, ist Inhalt vieler Debatten. Schon bei der Bewertung der bisherigen EU-Entwicklung gehen die Meinungen auseinander: War sie von vorneherein nur auf wirtschaftliche Interessen oder waren mit ihr nicht auch Hoffnungen auf ein soziales Europa begründet? War die EU ein Friedensprojekt oder immer schon auf eine gemeinsame Militärpolitik der Mitgliedstaaten ausgerichtet? Noch vielfältiger werden die Debattenbeiträge, wenn es um die Zukunft der EU geht: Sind die aktuellen Krisen Folge einer nur halbherzigen Integration und braucht es mehr Gemeinsamkeit oder ist gerade die Integration das Problem und die Lösung liegt in der Desintegration?

Auch die Autoren dieses AttacBasisTextes sind sich nicht in allen die EU betreffenden Fragen einig. Manche Unterschiede betreffen nur Nuancen, andere sind sehr tiefgehend. Wir stellen den Leserinnen und Lesern einen Text vor, der sich trotz dieser unterschiedlichen Einschätzungen als Ganzes lesen lässt, aber nicht versucht, die Widersprüche zu überdecken. Die Kapitel wurden jeweils getrennt erstellt und im Anschluss gemeinsam diskutiert und überarbeitet. Trotzdem ist den einzelnen Teilen die unterschiedliche Autorenschaft anzumerken (die wir deshalb bei den Autorenangaben auf der Seite 2 ausgewiesen haben). Wir sehen dies nicht als Nachteil, sondern als Ausdruck des Versuches, trotz unterschiedlicher Zugänge zu einer gemeinsamen Position für unser politisches Handeln zu kommen. Und dies ist nicht zuletzt wegen des erschreckend stark anwachsenden Rechtspopulismus in Europa dringend notwendig. Angesichts der ungebrochenen neoliberalen Hegemonie auf der einen Seite und der scheinbaren Alternative der rechtspopulistischen Kräfte auf der anderen, braucht es eine Bewegung, die beidem eine Position entgegensetzt, die auf Emanzipation und Solidarität statt Herrschaft und Ausgrenzung setzt. Zu dieser wollen wir mit diesem BasisText beitragen.

Wir beginnen mit einem historischen Rückblick auf wirtschaftliche und ideengeschichtliche Wegmarken des europäischen Integrationsprozesses. Danach werden die Entstehung der EU sowie die Struktur der europäischen Institutionen sowie ihre Funktionsweise mit den ökonomischen und politischen Problemen, zu denen sie geführt haben, dargestellt. Dem folgt eine Einordnung der kontroversen Strategiediskussion zur Lösung der anhaltenden Krise der EU. Abschließend diskutieren wir die Frage, wie es mit der EU weitergehen könnte.

6. Wie weiter mit der EU?

Die EU ist sowohl in ihrer Geschichte, als auch in ihrer aktuellen Verfasstheit eine zwiespältige Angelegenheit. Unter den späteren EU Staaten, die bis 1945 immer wieder gegeneinander Krieg geführt hatten, konnten kriegerische Auseinandersetzungen in den letzten sieben Jahrzehnten verhindert werden. Ein Friedensprojekt ist die EU deshalb keineswegs, wie nicht zuletzt die Aufrüstungsaktivitäten im Rahmen von PESCO zeigen. Im Bereich der Antidiskriminierung, in der Umweltpolitik und beim Datenschutz hat die EU durchaus Fortschritte gebracht. Im Bereich der Wirtschaftspolitik kann dies nicht gesagt werden. Hier hat sie dazu beigetragen, neoliberale Politiken zu verstärken und die Privatisierung öffentlicher Dienste zu forcieren.

Durch die im Jahr 2000 zwischen den Regierungschefs der EU-Mitgliedstaaten vereinbarte Lissabon-Strategie wurden Sozial- und Lohndumping gefördert. Die seit der Finanzkrise 2008 praktizierte Austeritätspolitik hat die Folgen der Krise vor allem auf die Bevölkerung der südeuropäischen Länder abgewälzt; in besonders rücksichtsloser Form geschah dies während der Griechenlandkrise durch die Troika, zulasten der lohnabhängigen griechischen Bevölkerung. Anstatt die Steuerpolitik in den Mitgliedsländern zu harmonisieren, hat die EU den Steuerdumpingwettbewerb eher gefördert. Die Entscheidung der Wettbewerbskommissarin Margrethe Vestager, dass Apple 13 Millionen Euro Steuern in Irland nachzahlen muss, ist erfreulich, kann aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass die EU durch ihre Wettbewerbspolitik die Steuervermeidungsstrategien großer Konzerne unterstützt.

Eine andere Politik in Europa, in den Nationalstaaten und auch im Rahmen der EU ist also dringend nötig. Wir brauchen eine Abkehr von der neoliberalen Doktrin, die möglichst alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens dem Markt übergeben möchte. Nötig sind auf EU-Ebene Mindeststandards der sozialen Absicherung von Menschen mit und ohne Erwerbseinkommen sowie Mindestlöhne. Wir brauchen eine harmonisierte Steuer-

politik, die zumindest im Rahmen der EU eine länderübergreifende angemessene Besteuerung von global agierenden Konzernen möglich macht und Steuerdumping eindämmt. Und wir brauchen eine Klimapolitik, die nicht über marktorientierten Emissionshandel steuern will, sondern über Ge- und Verbote die Inwertsetzung und Zerstörung von Natur tatsächlich beendet. In keinem Politikbereich wurden die Defizite der EU und die nationalen Egoismen in den letzten beiden Jahren deutlicher, als beim Thema Flucht und Migration. Hier ist eine Politik vonnöten, die die Genfer Konvention umsetzt und eine europäische Einwanderungspolitik organisiert, statt an den Grenzen aufzurüsten. Dazu bedarf es einer solidarischen Lastenverteilung zwischen den Mitgliedstaaten und einer Abkehr von den Dublin-Vereinbarungen, die die Grenzländer die Hauptlast tragen lässt. Eine europäische Sicherheitspolitik muss zum einen Gesamteuropa und die Nachbarregionen mit einbeziehen und darf zum anderen nicht auf Militärinterventionen rund um den Globus ausgerichtet sein. Wir brauchen keine PESCO, sondern eine Wiederbelebung und Weiterentwicklung des OSZE-Prozesses.³⁵

Neben einer anderen Politik braucht es andere institutionelle Formen in der EU. Dazu gehört eine stärkere Rolle des Europäischen Parlamentes, als einzigem Organ, in dem Wähler*innen direkt repräsentiert sind. Bei der Wahl zum Parlament sollten zunehmend nicht mehr nationale Parteien eine Rolle spielen, sondern europäische Listenverbindungen. Zudem wäre zu diskutieren, wie einerseits das demokratische Urprinzip zum Tragen kommen kann, dass jede Stimme gleichviel gilt, also jeder Parlamentssitz die gleiche Anzahl Wähler*innen vertritt und gleichzeitig die Interessen kleinerer Länder nicht untergehen. Das Europäische Parlament braucht eine tatsächliche Gesetzgebungskompetenz und Haushaltshoheit. Der Rat könnte in eine Nationenkammer umgewandelt werden. Der jetzt schon existie-

³⁵ Die OSZE (Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa) wurde nach dem Ende des Kalten Krieges als Nachfolgerin der KSZE (Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa) gegründet, deren Ziel es war, einen institutionellen Rahmen für Entspannungspolitik im Kalten Krieg zu schaffen.

rende »Ausschuss der Regionen«, in dem die Bundesländer und entsprechende Gebietskörperschaften der anderen Mitgliedsländer vertreten sind, sollte aufgewertet werden. Zudem ist über die Ergänzung plebiszitärer Elemente nachzudenken.

Während die Konturen, wie eine andere EU aussehen sollte, relativ einfach zu bestimmen sind, ist es mit der Beschreibung möglicher Wege schon deutlich schwieriger. Nicht nur innerhalb der gesellschaftlichen Linken gibt es dazu sehr unterschiedliche Sichtweisen. Brauchen wir mehr EU, eine andere EU oder ist die EU vielleicht gar nicht veränderbar? Zwar hat die neoliberale Doktrin erste Schrammen bekommen und immer mehr Menschen sind skeptisch, dass der Kapitalismus alle ihre Probleme lösen kann. Trotzdem sind wir weit davon entfernt, eine emanzipatorische und soziale Gegenhegemonie zu schaffen. Hinzu kommt auf EU-Ebene das in den Verträgen eingeschriebene materielle Demokratiedefizit, das ihre neoliberale Grundorientierung gegen Veränderung nahezu immunisiert. Auf der anderen Seite lassen sich in einer globalisierten Welt grundlegende Veränderungen in wirtschaftspolitischen Fragen nicht mehr allein im lokalen, regionalen oder nationalen Rahmen umsetzen. Allenfalls große Ökonomien, wie die US-amerikanische oder die chinesische, sind in der Lage, eigenständig und ohne Kooperationspartner Trends zu setzen. Und die Klimafrage lässt sich ebenso wenig im nationalen Rahmen lösen, wie die Fragen, die die Migrationsbewegungen der letzten Jahre aufgeworfen haben. Nicht nur dies macht eine Demokratisierung und inhaltliche Neuausrichtung der EU notwendig. Ein Zerfall der EU – und dieser ist nicht auszuschließen, wenn die multiplen Krisen nicht produktiv bewältigt werden – würde keines der Probleme lösen, jedoch gleichzeitig nationalistische Tendenzen verstärken und die Kriegsgefahr eher steigern als reduzieren.

Häufig stehen sich in der Debatte um die EU zwei scheinbar unvereinbare Positionen gegenüber: Brauchen wir mehr Integration oder eher Desintegration? Die Frage ist allerdings falsch gestellt. Eine andere Wirtschaftspolitik auf EU-Ebene wird nur möglich sein, wenn es hier auch eine stärkere Integration gibt. Nur so wird sich eine gemeinsame Konjunktur- und Strukturpoli-

tik entwickeln lassen. Mehr Integration ist ebenfalls in der Sozialpolitik erforderlich, um soziale Mindeststandards zu etablieren und auch in der Steuerpolitik, um Steuerdumping und Steuerflucht einzudämmen. Desintegration braucht es dagegen beispielsweise im Bereich der kommunalen Selbstverwaltung und beim Beihilferecht. Städte und Gemeinden sollen wieder selbst entscheiden können, welche öffentlichen Dienstleistungen sie in eigener Regie erbringen wollen, und ob sie in den Schulmensen nur regionale Lebensmittel anbieten oder nicht. Und nicht zuletzt brauchen wir Elemente einer europäischen Transferunion. Nur so lassen sich die Lebensverhältnisse innerhalb der EU angleichen und soziale Verwerfungen reduzieren.

Veränderung der EU und in den Nationalstaaten, wie wir sie uns wünschen, braucht zweifellos soziale und politische Bewegungen für eine andere Politik. Aber dies allein wird nicht reichen. Daraus müssen gesellschaftlicher Druck und andere politische Mehrheiten im nationalen und im EU-Rahmen entstehen. Die notwendige Abkehr von der neoliberalen Doktrin der EU erfordert deren Neugründung; dies wird allerdings nicht ohne eine Veränderung der bestehenden Verträge gehen. Insofern geht es dabei um mehr, als nur um veränderte politische Mehrheiten: Der erforderliche Bruch mit der neoliberalen Verfasstheit der EU und deren Neubegründung wird sich nicht im Einstimmigkeitsverfahren erzielen lassen. Beides ist nur denkbar in einem längeren Prozess sozialer und politischer Auseinandersetzungen, die vielfältige Aktionsformen haben können, und in deren Rahmen auch der partielle Bruch der Verträge mit Formen des Zivilen Ungehorsams notwendig sein wird.

Bisher ist es nicht gelungen, über sehr bescheidene Ansätze hinaus so etwas wie europäische soziale oder politische Bewegungen zu entfalten. Zwar gab es große Europäische Sozialforen und die Gewerkschaften sind inzwischen mehr oder weniger gut europaweit vernetzt. Im Rahmen der Proteste gegen TTIP und CETA hat sich im Rahmen der Europäischen Bürgerinitiative gegen CETA ansatzweise eine europäische Öffentlichkeit entwickelt. Es braucht immer konkrete Anlässe, damit sich Menschen in Bewegung setzen. Es gilt also Themen und Projekte zu iden-

tifizieren, die das Potenzial dafür haben, in den verschiedenen Mitgliedstaaten der EU Menschen gleichermaßen zu bewegen. Das kann sowohl die Frage nach mehr Mitsprache und Demokratie sein, aber auch die Forderung nach sozialer Absicherung, Klimagerechtigkeit oder einer menschlichen Migrationspolitik.

Geschichte ist ein offener Prozess und historische Entwicklungen sind immer nur im Nachhinein zu erklären. Allerdings ist die Offenheit nicht beliebig. Es gibt Pfadabhängigkeiten und daraus ergeben sich mögliche Entwicklungskorridore. Von einem bestimmten historischen Punkt aus gibt es nicht unendlich viele, sondern nur eine begrenzte Anzahl von Varianten, die eine Entwicklung nehmen kann. Im Falle der EU ist der Ausgangspunkt deren rechtliche und politische Verfasstheit, die aktuellen Konfliktlagen, die sie gestaltenden politischen und sozialen Kräfte sowie die ökonomischen Verhältnisse, die deren Verhältnis maßgeblich strukturieren. Als Besonderes kommt hinzu, dass die sozialen Verhältnisse durch die Rolle, die Nationalstaaten in der EU spielen, teilweise aus dem sozialen Feld ins nationale bzw. zwischenstaatliche Feld gehoben werden. Der gewerkschaftliche Kampf um Löhne und Arbeitsbedingungen wird umgedeutet in einen Wettbewerb zwischen Staaten um die Exportweltmeisterschaft, statt als soziale Auseinandersetzung zwischen Kapital und Arbeit gesehen zu werden. Der Konflikt um die Aufnahme von Geflüchteten in der EU wird in einen Streit transferiert, welches Land welche Kosten zu tragen hat. Und die Euro-Krise wird als Geschichte vom fleißigen Deutschland und vom faulen Griechenland erzählt, statt als Folge einer weltweiten Überakkumulationskrise und Anlagemöglichkeiten suchender Vermögen auf den internationalen Finanzmärkten.

Aktuell sind innerhalb der EU vor allem zwei Konflikte besonders virulent: Die Folgen der ökonomischen Ungleichgewichte zwischen den Mitgliedstaaten, die sich in der damit zusammenhängenden Austeritätspolitik ausdrücken, und die Konflikte um die Aufnahme von Geflüchteten, dabei vor allem die Verteilung der dabei entstehenden fiskalischen und politischen Kosten. Der erste Konflikt wäre auf mittlere Sicht dadurch zu entschärfen, dass die Währungsunion um eine zumindest partielle Sozial- und

damit Transferunion ergänzt wird. Gleichzeitig müsste Konjunktur- und Strukturpolitik als Instrumentarium der Wirtschaftspolitik anerkannt und eingesetzt werden. Der zweite Konflikt wäre dadurch zu bearbeiten, dass das Dublin-Verfahren außer Kraft gesetzt wird und die finanziellen, sozialen und politischen Kosten der Integration von Geflüchteten innerhalb der EU gerecht verteilt werden.

Die beiden Konflikte haben das Potenzial, die EU zu sprengen. Zumal die EU-Institutionen, nicht zuletzt aufgrund der im zweiten Kapitel beschriebenen Demokratiedefizite, in einer Legitimationskrise stecken. Die Zukunft der EU ist also offen. Welche Szenarien lassen sich angesichts der aktuellen Situation und der gegebenen Kräfteverhältnisse denken?

Die EU in der Dauerkrise

Das wahrscheinlichste Szenario ist eine auf lange Dauer gestellte Krise der EU. Kurzfristige Lösungen sind deshalb nicht zu erwarten, weil die gesellschaftlichen Kräfte, die eine Weiterentwicklung der EU zu einer Sozial- und Transferunion mit einer aktiven Wirtschaftspolitik sowie einer humanitären Aufnahme von Geflüchteten mit einem solidarischen Ausgleich der Kosten dafür wollen, momentan nicht in der Lage sind, dies auch politisch durchzusetzen. Die Konfliktlagen werden also weiterhin ad-hoc notdürftig bearbeitet, aber nicht gelöst. Die Krise bleibt auf Dauer gestellt und die Zunahme autoritärer und rechtspopulistischer Parteien und Bewegungen in den Mitgliedsländern ist die wahrscheinliche Folge.

Implosion der EU-Institutionen

Es besteht daneben die Gefahr, dass es im Zuge einer sich zuspitzenden Krise, beispielsweise infolge einer neuen Krise auf den aufgeblähten Finanzmärkten, zu einer Implosion eines Teils der EU-Institutionen kommt und diese ihre Regelungsmacht verlieren, weil etwa die EZB die Kreditversorgung nicht mehr sicherstellen kann oder der Eurokurs ins Bodenlose sinkt. Diese Gefahr der Implosion ist deutlich unwahrscheinlicher als eine auf Dauer gestellte Krise, aber nicht gänzlich auszuschließen. Eine solche

Implosion würde aller historischen Erfahrung nach nicht friedlich ablaufen. Auch wenn die Sowjetunion oder Jugoslawien deutlich stärker integriert waren als die EU, geben ihre Zerfallsprozesse eine Ahnung davon, welche Destruktivkräfte in solchen Prozessen freigesetzt werden.

Schleichende Desintegration im Rahmen der EU

Der Brexit und auch die Weigerung Ungarns und anderer Staaten, sich an innerhalb der EU vereinbarte Regeln in Bezug auf Geflüchtete zu halten, kann als schleichender Desintegrationsprozess gewertet werden. Es ist nicht unwahrscheinlich, dass solche Prozesse auch entlang anderer Konfliktlinien zunehmen. Wie sehr dies geschehen wird, ist unter anderem davon abhängig, wie die ökonomische Entwicklung in Großbritannien nach dem Brexit verläuft und wie die EU auf Regelbrüche von Mitgliedstaaten auf Dauer reagieren wird.

Neugründung der EU mit einem Nebeneinander an Integration und Desintegration

Um die Probleme der EU zu lösen und auch ihre Legitimation auf ein gutes Fundament zu stellen, braucht es eine Neugründung. Diese müsste eine Revision der Verträge insbesondere in wirtschaftspolitischen Fragen beinhalten sowie eine Neujustierung der Zuständigkeiten von EU und Nationalstaaten, Regionen und Kommunen. Während beispielsweise in der Sozial- und Steuerpolitik eine stärkere Integration vonnöten ist, um in einer globalisierten Ökonomie politisch zu gestalten, müssten Bereiche wie das Beihilferecht in ihrer Regelungstiefe zurückgefahren werden, um die Gestaltungsfreiheit der Kommunen und Regionen zu stärken oder Konjunktur- und Strukturpolitik wieder effizienter gestalten zu können.

Auf dem Feld EU-Politik sind sehr unterschiedliche Akteure mit teils gemeinsamen, teils widersprüchlichen Interessen und sehr unterschiedlichen Durchsetzungsfähigkeiten aktiv. Die Lobbyvereinigung European Round-Table, die sich für eine Liberalisierung der Handelspolitik und für Privatisierung stark macht, verfügt über beträchtliche finanzielle Ressourcen und gute Zu-

gänge zu Entscheidungsstrukturen innerhalb der EU. Das europaweite Bündnis gegen das Freihandelsabkommen CETA musste mit einem Bruchteil der Ressourcen auskommen und wurde zudem von den EU-Institutionen massiv behindert. Besonders bitter war die Erfahrung der griechischen Bevölkerung, die sich 2015 nahezu mit einer Zweidrittelmehrheit gegen die Austeritätspolitik der Troika ausgesprochen hatte, ihre Interessen aber gegen die Interessen der deutschen und französischen Banken und der deutschen Bundesregierung nicht durchsetzen konnte. Diese scheinbar so klare und eindeutige Verteilung der Macht darf aber nicht dafür blind machen, dass es grundsätzlich auch anders sein kann. Den vielen Initiativen, die sich gegen die Privatisierung der öffentlichen Wasserversorgung engagiert haben, ist es gelungen, so viel politischen Druck zu entwickeln, dass die EU-Richtlinie dazu nicht kam. Engagement kann also durchaus auch gegen einen schier übermächtigen Gegner zum Erfolg führen.

Ebenso wenig, wie die EU, die wir heute haben, in einem politischen Akt entstanden ist, wird sich ihre Neugründung in einem kurzen verdichteten Prozess entscheiden. Dazu bedarf es vielmehr einerseits der Vision, wie eine andere EU verfasst sein sollte und andererseits des politischen Drucks von verschiedenen Akteuren wie Gewerkschaften, zivilgesellschaftlichen Gruppen und Parteien zu unterschiedlichen Themen wie Soziale Sicherheit, Klima oder Demokratie. Durch den Druck kann ein Möglichkeitsraum für Veränderung eröffnet werden, in dem dann Strukturen grundlegend veränderbar sind. Ob es gelingt, ist davon abhängig, wie viele sich auf den Weg machen, die Veränderung zu versuchen und wie geschickt sie dabei sind, die richtigen Themen zu finden und erfolgreiche Bündnisse zu schmieden.